



NOTEN-INFLATION: SCHÖNE ZAHLEN – HARTE REALITÄT

LANDTAGSWAHLEN 2026

Parteien beziehen Stellung zu gewerkschaftlichen und bildungspolitischen Themen

SOZIALES ENGAGEMENT

Wie berufsbildende Schulen zu Lebensrettern werden



Hinter der Fassade:

SCHÖNE ZAHLEN – HARTE REALITÄT



PRÜFUNGEN IM ZEITALTER VON KI

Anforderungen für Lehrkräfte steigen ...



WAHLPRÜFSTEINE

Parteien antworten auf unsere Fragen

03 EDITORIAL

04 SCHÖNE ZAHLEN – HARTE REALITÄT

06 LEHRKRÄFTE-BEFRAGUNG

Zwischen Vertrauen und Bevormundung: Lehrkräfte uneins über Verbot unangekündigter Leistungsnachweise

08 STANDPUNKT

Zwei Meinungen zum Verbot von unangekündigten Hausaufgabenüberprüfungen

10 PRÜFUNGEN IM ZEITALTER VON KI

Wie bleibt Leistung messbar?

11 KOMMENTAR

Menschen verschlingende Schule?

12 PUNKTEKONTO STATT PUNKTEABZUG

Ein Praxisbeispiel, wie Lernprozesse fairer bewertet werden können

14 WAHLEN IN RHEINLAND-PFALZ

VLW-Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2026

22 GESPRÄCHE

Der VLW im Gespräch mit dem Bildungspolitischen Sprecher der FDP-Landtagsfraktion Stefan Thoma

CDU-Fraktion spricht sich für A13 für das Grundschullehramt aus

24 DAS BESTE MITTEL GEGEN BLUTKREBS

Wie berufsbildende Schulen zu Lebensrettern werden

25 ÖFFENTLICHER DIENST DER LÄNDER

Neue Tarifrunde

26 VLW-PERSONALRÄTEFORTBILDUNGEN IN ALZEY UND WELLING

26 IMPRESSUM

27 INFORMATION DES LEHRKRÄFTE-NACHWUCHSES

Der VLW an der Uni Mainz

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Mitglieder des VLW Rheinland-Pfalz, vor vier Jahren wurde ich von der Landesdelegiertenversammlung zum Landesvorsitzenden des VLW Rheinland-Pfalz gewählt und vor einem Jahr im Amt bestätigt. Den Verband in der Nachfolge von Karl-Heinz Fuß leiten zu dürfen, war mir eine Ehre und hat mir viel Freude bereitet. In der letzten Sitzung des Landesvorstands habe ich schweren Herzens meinen Rücktritt erklärt. Aufgrund zunehmender gesundheitlicher Probleme war es höchste Zeit, die Reißleine zu ziehen.

Die Leitung des Verbandes liegt nun in den Händen der beiden stellvertretenden Vorsitzenden Andreas Seehaus und Stefanie Tischer. Ich bin der festen Überzeugung, dass die beiden den VLW auf Kurs halten und gut in die Fusion mit dem vlbs führen werden. Auf ihren Schultern lastet jetzt aber ein schweres Paket, denn beide haben ja auch bereits in ihrer Funktion als stellvertretende Vorsitzende ihre Aufgaben, beide sind BPR-Mitglieder, was ihnen eine Vielzahl an Terminen beschert, und beide leiten einen großen Bezirksverband. Deshalb würden sie sich über Unterstützung aus den Bezirks- und Ortsverbänden sicherlich freuen.

Den verbliebenen Mitgliedern des Landesvorstands danke ich von Herzen für den großen Rückhalt, den ich stets verspüren durfte und der mich immer wieder motiviert hat, wenn es mal nicht so ganz rund lief. Wenngleich die Situation für den Verband jetzt nicht einfach ist, sehe ich ihn beim aktuellen Landesvorstand mit seinen motivierten, engagierten und kreativen Mitgliedern sehr gut aufgehoben.

Da mir der VLW weiterhin am Herzen liegt, werde ich – sozusagen von

der Seitenlinie aus – auch zukünftig meinen konstruktiven Beitrag leisten und wenn es mein Gesundheitszustand wieder zulässt, will ich mich gerne auch wieder etwas mehr einbringen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bedanke mich für das Vertrauen, das Sie mir entgegengebracht haben, für jedes aufmunternde Wort, für jede sachlich-konstruktive Kritik und für viele bereichernde Begegnungen. Dem VLW wünsche ich weiterhin viel Erfolg im Bemühen um die bestmöglichen Rahmenbedingungen für die berufliche Bildung.

Lassen Sie uns gemeinsam den Blick nach vorne richten – denn dort liegt die Zukunft!

Dirk Mettler



Liebe Leserinnen und Leser,

wir haben mit großem Bedauern, aber auch mit großem Verständnis, in der Landesvorstandssitzung am 31.10. den Rücktritt unseres Landesvorsitzenden zur Kenntnis nehmen müssen. Wir bedanken uns bei Dirk Mettler für seine Arbeit in den letzten Jahren, in einer sehr arbeitsreichen Phase des Verbands. Wir wünschen ihm alles Gute, insbesondere Gesundheit und Kraft, und hoffen, dass er unserem Verband – wann auch immer – wieder mit Rat und Tat zur Seite stehen kann. In der Zwischenzeit wird der Landesvorstand in seinem Sinne die Arbeit fortsetzen, insbesondere die Verhandlungen über eine Verschmelzung mit dem vlbs Rheinland-Pfalz weiterführen mit dem Ziel einer Fusion im Frühjahr 2027.

Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, wünschen wir jetzt eine anregende Lektüre und freuen uns auf den Austausch mit Ihnen. Bringen Sie sich ein – mit Ihren Erfahrungen, Ideen, Anliegen und auch mit Kritik. Schreiben Sie uns gerne!

Das gesamte VLW-Team wünscht Ihnen besinnliche Weihnachtstage, Gesundheit und alles Gute für das kommende Jahr.

Stefanie Tischer und Andreas Seehaus
Stellvertretende Landesvorsitzende

LEITARTIKEL:

SCHÖNE ZAHLEN



Bildmaterial für Fotokomposition: AdobeStock

HARTE REALITÄT

Die Statistik glänzt: Immer mehr Jugendliche bestehen ihre Prüfungen, immer mehr erreichen höhere Abschlüsse, und die Noten klettern nach oben. Klingt nach Erfolgsgeschichte. Doch wer im Klassenzimmer steht, weiß: Hinter der schönen Fassade bröckelt die Realität.

NOTEN-INFLATION: WENN JEDE DREI EINE ZWEI WIRD

Früher war eine Eins selten und eine Vier eine klare Ansage. Heute wird großzügig „aufgerundet“. Nicht nur die Lehrkräfte einer Schule stehen untereinander in Beliebtheitskonkurrenz. Besonders unsere Wahlschulen stehen seit Jahren untereinander in Rivalität. Wird an Schulen streng benotet, riskiert man, dass Schülerinnen und Schüler zur Nachbarschule wechseln oder die Schulform nicht wählen. Also werden Noten zur Währung – und verlieren rasant an Wert. Das Ergebnis: Zeugnisse, die aussehen wie Eintrittskarten zum Erfolg. Nur dass der Kinofilm längst nicht so glänzt wie das Plakat.

KUSCHELPÄDAGOGIK STATT KLARE KANTE

Natürlich sollen wir Lehrkräfte motivieren, wertschätzen, fördern. Aber immer öfter kippt die Balance. Fehlzeiten? Durchgewunken. Nachprüfungen? Fast beliebig wiederholbar. Anforderungen? Sinkend. Die Botschaft an die Schülerinnen und Schüler: Leistung lohnt sich kaum noch – man kommt auch mit halbem Einsatz ans Ziel. Wer sich anstrengt, fühlt sich ausgebremst. Wer nichts tut, wird trotzdem mitgenommen.

INTERNATIONALE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT: DER LACK IST AB

PISA-Studien zeigen es schwarz auf weiß: Während unsere Noten steigen, bleibt Deutschland international bestenfalls Mittelmaß. Mathematik, Lesekompetenz, Problemlösung – alles nur „solide“. Und draußen in der Praxis? Betriebe klagen über Azubis, die Grundrechenarten nicht beherrschen. Hochschulen richten Brückenkurse ein, weil Studienanfänger ohne Nachhilfe nicht klarkommen. Die schöne Zahl im Zeugnis hilft hier niemandem.

WOFÜR STEHEN NOTEN NOCH?

Eigentlich sollten Noten Orientierung bieten – für Schüler, Eltern, Betriebe, Hochschulen. Doch was ist eine Zwei wert, wenn sie an einer Schule fast schon Standard ist und anderswo die Ausnahme? Noten sind gerade dabei, ihre Bedeutung zu verlieren. Und damit ihren einzigen Zweck: Vergleichbarkeit.

ZEIT FÜR EHRlichkeit

Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt: Wir brauchen wieder mehr Mut zur Wahrheit. Niemandem ist geholfen, wenn schlechte Leistungen unter einem

Mantel aus „wohlwollender Pädagogik“ verschwinden. Schülerinnen und Schüler, die über ihre Schwächen im Unklaren gelassen werden, haben keine Chance, sie rechtzeitig anzugehen. Klartext reden bedeutet, jungen Menschen realistische Rückmeldungen zu geben – auch wenn das manchmal wehtut. Nur so können sie sich entwickeln.

Noten sind kein Selbstzweck, sondern ein Signal. Doch wenn dieses Signal immer grünes Licht zeigt, auch wenn die Grundlagen fehlen, führt das direkt in die Sackgasse. Deshalb müssen wir stärker auf Kompetenzen prüfen: Nicht das Auswendiglernen für die nächste Klassenarbeit darf im Mittelpunkt stehen, sondern das, was Schülerinnen und Schüler wirklich können – ob sie Probleme lösen, Texte verstehen, Rechenwege nachvollziehen.

Damit das gelingt, brauchen Schulen faire Rahmenbedingungen. Solange Schulen untereinander wegen PauSE-Faktoren um Köpfe konkurrieren, wird es immer einen Druck geben, die Noten nach oben zu schrauben. Schulen, die ehrlich bewerten, riskieren, im Wettbewerb schlechter dazustehen. Deshalb ist hier die Politik gefordert: Sie muss unterstützen und fordern, dass an allen Schulen realistisch und unabhängig beurteilt werden kann – ohne die Angst, „zu streng“ zu sein. Der viel diskutierte Ministererlass zur Ankündigungspflicht von Leistungsnachweisen zeigt, dass wir gerade in einer anderen Richtung unterwegs sind.

WER MOGELT, VERLIERT

Bildungspolitik mag glänzende Statistiken lieben – steigende Erfolgsquoten, sinkende Durchfallraten, immer bessere Abschlüsse. Auf dem Papier klingt das nach Fortschritt. Doch Papier ist geduldig. Die Realität in den Klassenzimmern, Ausbildungsbetrieben und Hörsälen lässt sich nicht dauerhaft kaschieren.

Denn am Ende zählt nicht, ob im Zeugnis eine Zwei steht. Entscheidend ist, ob die jungen Menschen in der Lage sind, nach der Schule zu bestehen: im Studium, in der Ausbildung, im Beruf und letztlich auch in der Gesellschaft.

Wir Lehrkräfte wissen: Zahlen können täuschen, Fähigkeiten nicht. Schöne Noten helfen kurzfristig vielleicht bei der Imagepflege. Doch langfristig schaden sie allen – den Schülerinnen und Schülern, den Betrieben, der Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes.

Deshalb gilt: Ehrliche Bewertungen sind keine Bremse, sondern ein Antrieb. Sie sind die Grundlage dafür, dass junge Menschen lernen, sich anzustrengen, Rückschläge auszuhalten und wirklich etwas zu können.

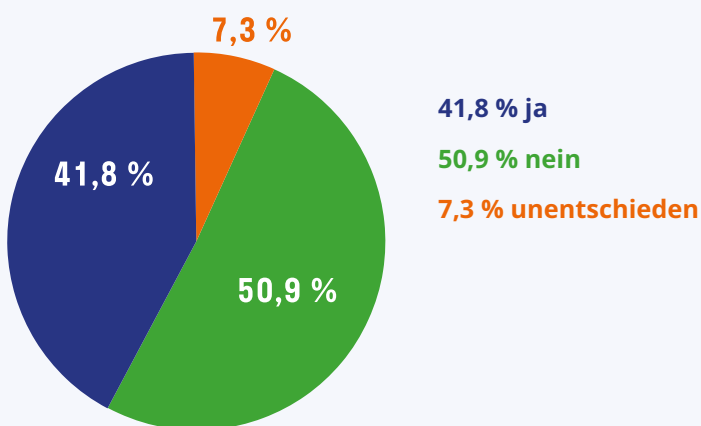
Schöne Zahlen beruhigen. Harte Realität befähigt.

Mario Passannante

ZWISCHEN VERTRAUEN UND BEVORMUNDUNG: LEHRKRÄFTE UNEINS ÜBER VERBOT UNANGEKÜNDIGTER LEISTUNGSNACHWEISE

Ausgelöst durch das EPoS-Schreiben des Ministers Teubers zum Schuljahresanfang und dem parallelen Presseecho, bewegt ein Thema derzeit viele Lehrzimmer: Sollten unangekündigte Leistungsnachweise verboten werden?

1 | BEFÜRWORTEN SIE GRUNDSÄTZLICH EIN VERBOT UNANGEKÜNDIGTER LEISTUNGSNACHWEISE/TESTS?



Eine Umfrage unter unseren Verbandsmitgliedern zeigt – die Meinungen klaffen weit auseinander. Während einige das Vorhaben des Bildungsministeriums als längst überfälligen Schritt hin zu einer moderneren, schülerorientierten Lernkultur begrüßen, sehen andere darin einen Eingriff in ihre pädagogische Freiheit – und ein Symbol wachsender Bevormundung durch die Politik.

1 | KNAPPES NEIN ZUM VERBOT, ABER VIEL VERUNSICHERUNG

Eine knappe Mehrheit der Befragten lehnt ein grundsätzliches Verbot ab. Viele möchten die Möglichkeit behalten, unangekündigte Tests als pädagogisches Instrument weiterhin einsetzen zu können. „Ich hatte einen sehr schülerfreundlichen Modus, wie ich nicht offiziell angekündigte HÜs habe schreiben lassen. Leider soll ich das nun nicht mehr durchführen, was für meine SuS sicherlich kein Vorteil ist.“, schreibt eine Lehrkraft.

2 | STRESSREDUKTION: JA – ABER NICHT UM JEDEN PREIS

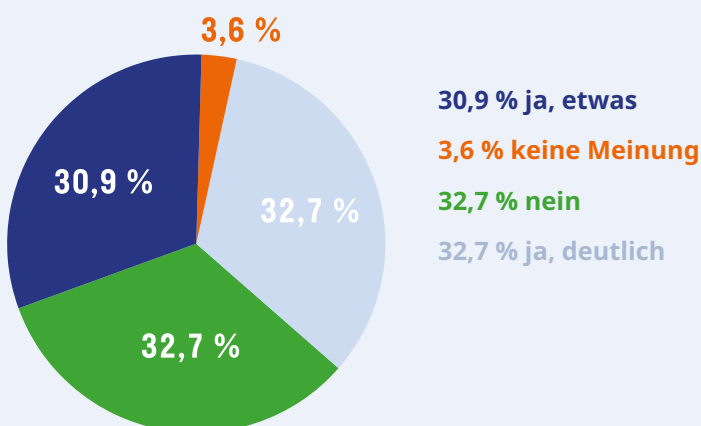
Zwei Drittel der Lehrkräfte glauben, dass ein Verbot die Stressbelastung der Schülerinnen und Schüler verringern würde, ein Drittel hingegen sieht keinen Effekt.

Die Diskussion ist also kein einfacher Konflikt zwischen „Strenge“ und „Nachsicht“, sondern spiegelt unterschiedliche Vorstellungen von pädagogischer Verantwortung wider.

3 | MOTIVATION BLEIBT EIN STREITPUNKT

Uneinigkeit zeigt sich auch bei der Frage, ob ein Verbot die Lernmotivation beeinflusst. Rund 38 Prozent erwarten negative Effekte, etwa ein Drittel glaubt, es ändere nichts – und ebenso viele hoffen auf eine positive Wirkung. Der Tenor: Pädagogik ist komplexer als ein einzelnes Verbot.

2 | GLAUBEN SIE, DASS EIN VERBOT DIE STRESSBELASTUNG DER SCHÜLERINNEN UND SCHÜLER VERRINGERN WÜRD?



4 | EINGRIFF IN DIE PÄDAGOGISCHE FREIHEIT?

Mehr als die Hälfte der Befragten empfindet das Ministerschreiben als Einschränkung der pädagogischen Freiheit. Viele möchten die Möglichkeit behalten, unangekündigte Tests als pädagogisches Instrument situationsabhängig einsetzen zu können. „Ich habe dieses Mittel nur selten genutzt, aber ich will selbst entscheiden, wann es sinnvoll ist“, schreibt eine Lehrkraft.

5 | KOMMUNIKATION DES MINISTERIUMS FÄLLT DURCH

Am deutlichsten fällt das Urteil über die Kommunikation aus: Drei Viertel bewerten sie als schlecht oder sehr schlecht – ein klares Signal. Viele erfuhren über die Presse von der Maßnahme. „Das zeugt von mangelndem Respekt gegenüber den Lehrkräften“, so eine Lehrkraft.

Viele empfinden die Vorgehensweise als Ausdruck einer fehlenden Einbindung und Wertschätzung. Daher fordert der VLW, politische Entscheidungen, die den Unterricht unmittelbar betreffen, frühzeitig mit den gewählten Gremien wie dem Hauptpersonalrat abzustimmen und zu kommunizieren!

ZWISCHEN PÄDAGOGIK UND PRINZIPIEN

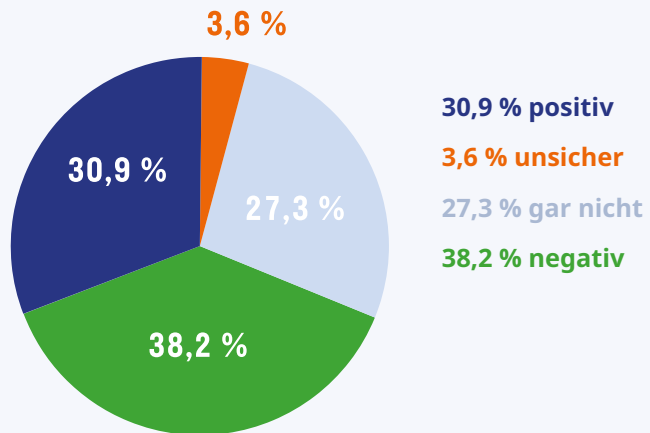
Die offenen Antworten zeigen, wie unterschiedlich Lehrkräfte ihre Rolle verstehen. Für die einen ist das Verbot ein Zeichen von Fortschritt: „Lehrkräfte sollen motivieren, nicht Druck ausüben – unangekündigte Tests gehören der Vergangenheit an.“ Andere sehen darin eine gefährliche Entwicklung: „Statt endlich wieder Leistung einzufordern, wird weiter weichgespült.“

Besonders im berufsbildenden Bereich wird betont, dass die Schulform und Lernvoraussetzungen entscheidend seien: Was in einer Berufsschulklasse unpassend wirkt, kann in anderen Schulformen durchaus pädagogisch begründet sein.

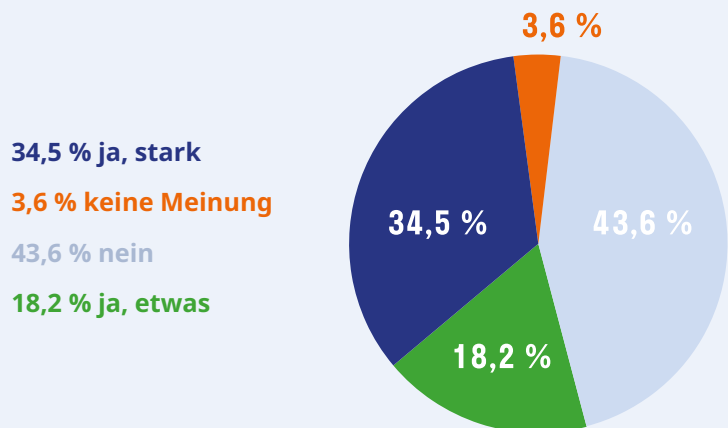
FAZIT: MEHR VERTRAUEN IN DIE PROFESSIONALITÄT DER LEHRKRÄFTE

Hinter der Debatte steckt mehr als die Frage nach Tests und Terminen. Sie steht exemplarisch für das Verhältnis zwischen pädagogischer Freiheit und politischer Steuerung. Die Umfrage zeigt: Lehrkräfte wünschen sich Vertrauen statt Vorgaben – und eine Bildungspolitik, die sie als Partnerinnen und Partner auf Augenhöhe begreift!

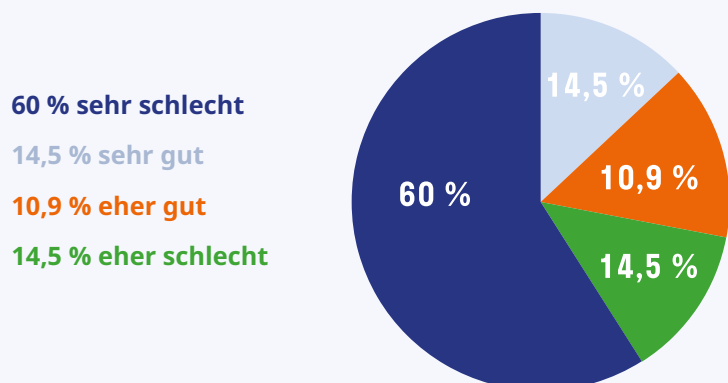
3 | DENKEN SIE, DASS EIN VERBOT DIE LERNMOTIVATION DER SCHÜLERINNEN UND SCHÜLER BEEINFLUSSEN WÜRD?



4 | FÜHLEN SIE SICH DURCH DEN BRIEF DES MINISTERS IN IHRER PÄDAGOGISCHEN FREIHEIT EINGESCHRÄNKT?



5 | WIE BEWERTEN SIE DIE KOMMUNIKATION UND EINBINDUNG DER LEHRKRÄFTE IN DIESER ANGELEGENHEIT?



VERBOT VON UNANGEKÜNDIGTEN HAUSAUFGABENÜBERPRÜFUNGEN JA ODER NEIN?

JA



Maik Nöller

Aus pädagogischer Sicht, als Lehrer an einer berufsbildenden Schule, begrüße ich das geplante Verbot unangekündigter Hausaufgabenüberprüfungen ausdrücklich.

Bildung sollte Lernprozesse fördern, die Eigenverantwortung stärken und eine vertrauensvolle Basis zwischen Lehrkräften und Lernenden schaffen.

Unangekündigte Hausaufgabenüberprüfungen hingegen erzeugen bei vielen Schülerinnen und Schülern unnötigen Stress, der den handlungsorientierten und eigenverantwortlichen Lernzielen entgegenwirkt.

Gerade im berufsbildenden Bereich, wo unsere Auszubildenden häufig vielfältigen Belastungen aus Ausbildung, Praktika und Schule ausgesetzt werden, sind Zuverlässigkeit und Authentizität von besonderer Bedeutung.

Zu oft habe ich mitbekommen, dass Lernende verunsichert in den Unterricht gekommen sind, weil sie Sorge hatten, durch eine Hausaufgabenüberprüfung eine schlechte Note zu erhalten.

Durch die Planbarkeit, wann und wie Leistungen abgefragt werden, können sich die Auszubildenden ge-

zielter vorbereiten und ihr Lernen besser strukturieren. Die angekündigte Kontrolle des Unterrichtsstoffes ist daher nicht weniger wirksam, sondern im Gegenteil sogar pädagogisch nachhaltiger, besonders unter dem Gesichtspunkt, dass unangekündigte Hausaufgabenüberprüfungen oft als Druckmittel zur Verbesserung eines suboptimalen Mitarbeitsverhaltens und zur Beseitigung von Aufmerksamkeitsdefiziten im Unterricht eingesetzt werden.

Hier sollten eher zeitgemäße pädagogische Konzepte eingesetzt werden, um eine reizvolle Lernatmosphäre mit nachhaltiger Motivation zu schaffen.

Deswegen plädiere ich für einen respektvollen Umgang mit Lernzeit und Leistungsbewertung. Unsere Hausaufgaben sollten der Vertiefung des erlernten Unterrichtsstoffes dienen und nicht der spontanen Überprüfung.

Somit fördert das geplante Verbot eine Lernkultur, welche auf Vertrauen und Lernmotivation basiert. Dies sind Werte, die dem modernen Bildungsverständnis entsprechen und die innovative Lehrkräfte in ihrer pädagogischen Verantwortung absolut unterstützen.



Michael Schmidt

Mit dem neuen Erlass des Bildungsministeriums, unangekündigte Leistungsüberprüfungen an rheinland-pfälzischen Schulen zu untersagen, ist eine pädagogisch fragwürdige Entscheidung getroffen worden, die die Arbeit der Lehrkräfte erheblich einschränkt.

Natürlich verstehe ich, dass Schülerinnen und Schüler durch unerwartete Tests Stress empfinden können. Doch Schule ist nicht nur ein Schonraum, sondern auch ein Ort der Vorbereitung auf das Leben – und dieses hält nun einmal Unvorhergesehenes bereit. Wenn wir jungen Menschen jegliche Konfrontation mit Überraschungsmomenten nehmen, erziehen wir sie nicht zu belastbaren Persönlichkeiten, sondern zu Menschen, die auf jede Abweichung vom Plan mit Unsicherheit reagieren.

Es ist zudem ein Trugschluss zu glauben, dass Angst und Stress ausschließlich durch unangekündigte Tests entstehen. Wie Studien zeigen, sind die Ursachen viel komplexer: gesellschaftlicher Druck, familiäre Probleme, Leistungsdruck in sozialen Medien oder persönliche Krisen. Das bloße Verbot von „Blatt raus, Test!“ löst diese Probleme nicht. Im Gegenteil: Es nimmt uns Lehrkräften ein wichtiges Instrument, Lernprozesse kontinuierlich und authentisch zu überprüfen.

Gerade kleine, unangekündigte Tests bieten die Chance, Lernstoff regelmäßig abzufragen, ohne dass dies zu einem großen Leistungsdruck führt. Sie verhindern das so genannte „Bulimie-Lernen“, bei dem Schüler Wissen nur für eine angekündigte Klassenarbeit auswendig lernen und anschließend sofort wieder vergessen. Wer weiß, dass auch zwischendurch Vokabeltests oder kurze Abfragen möglich sind, wird dauerhaft am Ball bleiben. So fördert man Nachhaltigkeit im Lernen – nicht durch starre Vorankündigungen.

Hinzu kommt, dass dieser Erlass die pädagogische Freiheit massiv beschneidet. Lehrkräfte wissen am besten, wann es sinnvoll ist, das Wissen der Klasse spontan zu überprüfen – sei es nach einer besonders wichtigen Unterrichtseinheit oder um die Lernatmosphäre wieder zu fokussieren. Dass nun ein Verbot von oben kommt, zeugt von mangelndem Vertrauen in unsere Professionalität.

Selbstverständlich sollen Leistungserhebungen transparent und fair gestaltet sein. Aber Transparenz darf nicht mit Vorhersehbarkeit gleichgesetzt werden. Ein angekündigter Test ist planbar – ein unangekündigter dagegen spiegelt den tatsächlichen Lernstand wider. Für uns Lehrkräfte ist beides unverzichtbar, wenn wir ein realistisches Bild vom Leistungsvermögen unserer Schülerinnen und Schüler erhalten wollen.

Das Bildungsministerium betont, man wolle eine „Kultur des Feedbacks“ fördern. Doch genau dazu sind auch spontane Tests geeignet: Sie zeigen Schülern unmittelbar, wo sie stehen, und ermöglichen uns, darauf zu reagieren. Wer diese Möglichkeit verbietet, nimmt der Schule ein wichtiges Werkzeug, um Lernprozesse flexibel und individuell zu steuern.

Schule braucht beides – angekündigte Arbeiten, die planbar und belastbar sind, und unangekündigte Tests, die kontinuierliches Lernen sichern. Einseitige Verbote engen ein und nehmen uns die Freiheit, pädagogisch verantwortungsvoll und situationsgerecht zu handeln. Daher fordere ich: Vertrauen wir den Lehrkräften und lassen wir ihnen die Entscheidung, welche Form der Leistungsüberprüfung im jeweiligen Kontext am sinnvollsten ist.



PRÜFEN IM ZEITALTER VON KI – WIE BLEIBT LEISTUNG MESSBAR?

„Frau Müller, darf ich ChatGPT für meine Präsentation nutzen?“ – Fragen wie diese gehören für viele Lehrkräfte an berufsbildenden Schulen längst zum Alltag. Künstliche Intelligenz ist aus dem Schulgeschehen kaum noch wegzudenken: Bewerbungen, Matheaufgaben oder Geschäftsbriefe entstehen mit wenigen Klicks. Für Lehrerinnen und Lehrer stellt sich damit eine zentrale Frage: Wie lassen sich Leistungen noch fair bewerten, wenn digitale Assistenten jederzeit mitarbeiten können?

WENN DAS ENDPRODUKT NICHT MEHR REICHT

Viele klassische Prüfungsformen geraten durch KI ins Wanken. Hausarbeiten, Präsentationen oder Projektplakate lassen sich heute in kürzester Zeit und oft makellos erstellen – so perfekt, dass kaum noch erkennbar ist, was tatsächlich von den Schülerinnen und Schülern stammt. Lehrkräfte bewerten in der Regel das fertige Ergebnis, nicht aber den Weg dorthin. Genau das wird nun zum Problem. Es braucht ein Umdenken: Weg vom Produkt, hin zu den Kompetenzen, die hinter der Leistung stehen.

KOMPETENZORIENTIERUNG STATT PRODUKTBEWERTUNG

Im Zeitalter der künstlichen Intelligenz verschiebt sich der Fokus. Entscheidend ist nicht mehr allein, was Lernende abgeben, sondern wie sie mit Aufgaben und Werkzeugen umgehen. Gefragt sind Problemlösefähigkeit, Transferkompetenz und Reflexionsvermögen – also die Fähigkeit, eigene Lösungswege zu entwickeln, Wissen auf neue Situationen anzuwenden und KI-Ergebnisse kritisch zu hinterfragen. So bleibt sichtbar, was Lernende wirklich verstanden haben, auch wenn KI sie unterstützt.

NEUE PRÜFUNGSFORMEN AUS DER PRAXIS

Wie kann das konkret aussehen? Einige Schulen experimentieren bereits mit alternativen Prüfungsformaten. In mündlichen Prüfungen etwa lassen sich Verständnisfragen gezielt einsetzen: Wenn ein Schüler einen von ChatGPT erstellten Text vorträgt, kann eine einfache Nachfrage – etwa nach der gewählten Zeitform – schnell zeigen, ob er die Grammatik tatsächlich beherrscht.

Auch Prozessdokumentationen gewinnen an Bedeutung. Lernende halten ihre Zwischenschritte fest, erklären, welche Ideen sie verworfen und welche Vorschläge der KI sie übernommen haben – und warum. Bewertet wird nicht nur das Ergebnis, sondern der gesamte Lernweg.

In anderen Fächern wird KI bewusst als Werkzeug eingesetzt. So können Schülerinnen und Schüler in einer Wirtschaftsinformatik-Klausur etwa KI-Ergebnisse analysieren, Fehler benennen und eigene Ergänzungen formulieren. Selbst die klassische Klausur behält ihren Platz, zum Beispiel im Rechnungswesen, wenn es um grundlegende Fertigkeiten wie Zinsberechnungen geht.

LEHRKRÄFTE ALS PRÜFUNGSENTWICKLER UND KI-COACHES

Die Anforderungen an Lehrkräfte steigen damit deutlich. Sie müssen Prüfungen neu denken, Aufgaben entwickeln, die individuelle Kompetenzen sichtbar machen, und gleichzeitig ihre eigene KI-Kompetenz ausbauen. Denn nur wer selbst die Chancen und Risiken der neuen Technologien versteht, kann Lernende sinnvoll begleiten. Dafür braucht es Zeit, rechtliche Klarheit, Fortbildungen und einen zeitgemäßen Vorbereitungsdienst.

FAIR PRÜFEN IN EINER DIGITALEN WELT

Prüfungen bleiben auch in Zeiten von KI möglich, wenn sie an die Realität angepasst werden. Entscheidend ist, Aufgaben so zu gestalten, dass sie sich nicht vollstän-

dig automatisieren lassen. Reflexion und Begründung müssen stärker gewichtet werden als das reine Ergebnis. Analoge, digitale und mündliche Elemente sollten kombiniert werden, um eine faire und transparente Leistungsbewertung sicherzustellen.

So kann Schule Schritt halten mit der digitalen Entwicklung – und Leistung bleibt auch in Zukunft messbar, nachvollziehbar und gerecht.

Mario Passannante

KOMMENTAR:

MENSCHEN VERSCHLINGENDE SCHULE?

Liebe Leserin, lieber Leser,

am Beginn dieser Zeilen sollen zwei Zitate großer Männer stehen:

„Nach so vielen furchtbaren Gewalten, denen man unterworfen war, (...), nach allen diesen Gewalten geriet nun Diederich unter eine noch furchtbarere, den Menschen auf einmal ganz verschlingende: die Schule.“

Heinrich Mann,
Der Untertan, 1. Kapitel

„Nicht weniger Leistung, sondern das Entfalten, Fördern und Entwickeln von Potenzialen zu Kompetenzen ist unser Ziel – nicht durch Druck, sondern durch gute Vorbereitungsmöglichkeiten. Die Ergebnisse aus dem Schulbarometer 2025, Auswertungen der Wissenschaft und Gespräche mit der Bildungsfamilie zeigen: Immer mehr Kinder und Jugendliche empfinden Schule als Raum des Unwohlseins. Dem wollen wir mit mehr Beziehungsarbeit, Freude am Lernen sowie zeitgemäßen Feedback- und Prüfungskulturen begegnen“

Bildungsminister Sven Teuber



Wer möchte schon eine den Menschen verschlingende Schule? Dies meint wohl auch unser Bildungsminister Sven Teuber und stellt uns eine neue Schule vor: Mehr Beziehungsarbeit, Freude am Lernen und zeitgemäße Feedback- und Prüfungskulturen. Gleichzeitig – ohne Anhörung der zuständigen Personalräte – untersagte er unangekündigte Überprüfungen von Hausaufgaben – am ersten Tag des neuen Schuljahres.

Man kann gespannt sein, was die Ausbildungsbetriebe in unserem Land davon halten, mit „mehr Beziehungsarbeit, Freude am Lernen

(in den Betrieben?) und zeitgemäßen Feedback- und Prüfungskulturen“ die Vorbereitung ihrer Auszubildenden auf die Arbeitswelt zu verbessern. Wenn schon in den Schulen der Leistungsaspekt oder die wichtige Rückmeldungsfunktion von Noten nur noch eine eingeschränkte Rolle spielen sollen, werden das doch die ausbildenden Betriebe oder die Hochschulen gerne nachvollziehen, oder? Auch die Lehrkräfte an unseren Schulen freuen sich: Statt aufwendiger Korrekturen KI-generierter Hausaufgaben gibt es in Zukunft eben mehr Feedback-Gespräche und andere (?) Prüfungskulturen.

Niemand möchte eine Rückkehr zum Schulsystem, das Heinrich Mann so schön beschrieb; aber vielleicht sollte man sich fragen, ob eine Kuschelschule ihre Kernaufgabe – die Schülerinnen und Schüler auf das Leben und die Arbeitswelt vorzubereiten – noch erfüllen kann. Dabei helfen könnte auch ein stärkerer Einblick in die Lebens- und Arbeitswelt. Das gilt auch für Bildungsminister.

Michael Lutz

PUNKTEKONTO STATT PUNKTABZUG: EIN PRAXISBEISPIEL, WIE LERNPROZESSE FAIRER BEWERTET WERDEN KÖNNEN

Hausaufgaben, Übungen, Reflexionen – vieles, was Lernen trägt, taucht in Noten nur am Rand auf. Ein Punktekonto macht diese Prozesse sichtbar, steuert Motivation und stärkt Gerechtigkeit. Ein Beispiel: praxistauglich, rechtskonform und digital.

WARUM EIN PUNKTEKONTO?

Leistungsbewertung fokussiert oft auf Klassenarbeiten und Prüfungen – also auf Produkte. Was Lernende davor und danach tun (trainieren, verbessern, reflektieren), bleibt unsichtbar und wird meist nicht gewürdigt. Ein Punktekonto für Schülerinnen und Schüler ergänzt die Produktnote systematisch um Prozessleistungen: Es honoriert regelmäßige Arbeit, fördert eigenverantwort-

Name	Gewichtungen	Beste Bewertung
☐ HBF Wi25, LF2 (Flory)		
☐ Punkte 1. Halbjahr (HJ1)	☐ 51,034 %	
☐ HJ1: 19.08.2025 Hausaufgabe Zeitmanagement (4 P)	☐ 1,081 %	4,00

Aufgaben werden direkt über Punkte bewertet und der Kategorie „Punkte(konto) 1. Halbjahr“ zugeordnet. Über die Funktion „Summe“ werden alle erreichten Punkte automatisch addiert.

liches Arbeiten, bildet Planungskompetenz und gibt Lehrkräften präzisere Einblicke in Lernstände. Kurz: Die Perspektive verschiebt sich von der Bewertung einzelner Ergebnisse zur Begleitung von Lernwegen.

„Das Punktekonto ist kein Bonus, sondern ein pädagogischer Tacho für Lernentwicklung.“

WAS IST EIN PUNKTEKONTO ALLGEMEIN?

Das Punktekonto ist ein klar geregeltes Punktesystem pro Halbjahr, in dem Schülerinnen und Schüler für definierte Lernhandlungen Punkte sammeln – transparent, kriterienorientiert und mit Einsicht in den eigenen Stand.

Die maximale Punktzahl beträgt 100; sie wird nach einem linearen Notenschlüssel in die Halbjahresnote umgerechnet. Der Autor gewichtet diese Leistung mit dem 1,5fachen einer Klassenarbeit.

Die Punkte werden je nach Aufgabentyp vergeben. Diese lassen sich grob in vier Aufgabenkategorien einteilen. Aufbauend auf Basisaufgaben, mit denen maximal ca. achtzig Prozent des Punktekontos erreicht werden können, gibt es zusätzliche Aufgabentypen. Hier die vier Aufgabenkategorien mit Beispielen:

1. Basis: Übungen im Unterricht und Hausaufgaben.
2. Vertiefung (zusätzlich): zusätzliche Trainingsaufgaben, Prüfungsvorbereitung, digitale Lernspiele.
3. Reflexion (zusätzlich): Klassenarbeitsreflexionen.
4. Transfer/Beteiligung (zusätzlich): Erklärvideos, Hausarbeiten, Kurzvorträge, Lernprodukte für die Klasse.

WIE LÄSST SICH EIN PUNKTEKONTO DIGITALISIEREN?

Zu Beginn wurde das Punktekonto als Liste und Portfoliomappe der Schülerinnen und Schüler geführt. Das war ein erheblicher Aufwand für Bewertung und Auswertung. Auch für die Schülerinnen und Schüler war der Stand intransparent und durch Papierverwaltung geprägt.

Hier bietet sich die Lernplattform Moodle an. Ein digitales Punktekonto lässt sich über „Setup für Bewertungen“ konfigurieren.

Durch die individuelle Anmeldung und Abrufmöglichkeit in der Lernplattform Moodle wird auch der Datenschutz (DSGVO/Landesrecht) konsequent beachtet.

FAZIT

Ein Punktekonto ersetzt keine Leistungserhebungen – es ergänzt sie pädagogisch sinnvoll. Durch die Digitalisierung wird es transparent und reduziert die Verwaltung. Es macht Lernarbeit sichtbar, fördert Selbststeuerung und stärkt Gerechtigkeit in der Notengebung – abseits von Hausaufgabenüberprüfungen.

Christian Flory



Die Schülerinnen und Schüler sehen nun in Echtzeit über „Bewertungen“ ihren aktuellen Punktestand – ganz ohne Rückfragen bei der Lehrkraft. Auch die Lehrkraft sieht auf einen Blick den aktuellen Stand und kann die Lernentwicklung pädagogisch steuern. Dabei hilft auch kurzes, individuelles Feedback zu jeder Aufgabe, das z. B. für die Vorbereitung auf die Klassenarbeit jederzeit online wieder abrufbar ist.



ZUR PERSON

Christian Flory ist Ansprechpartner des VLW für Schul- und Bildungspolitik und Mitglied der gleichnamigen Fachkommission im Bundesverband BvLB.

Er unterrichtet die Fächer Wirtschaft und Informatik an der BBS Südliche Weinstraße u. a. in den Schulformen Berufsschule und Höhere Berufsfachschule (HBF).

A close-up photograph of a person's hand, wearing a dark blue sleeve, holding a white, rectangular ballot paper and placing it into the slot of a grey ballot box. The background is blurred, showing another person in a light blue shirt.

WAHLPRÜFSTEINE ZUR LANDTAGSWAHL 2026

Im Vorfeld der Landtagswahl 2026 hat der VLW fünf im Landtag vertretenen Parteien Wahlprüfsteine zu zentralen bildungs- und berufspolitischen Themen vorgelegt. Die Fragen betreffen unter anderem Besoldung, Arbeitsbedingungen, Lehrkräftemangel und die Zukunft der berufsbildenden Schulen.

Die Antworten von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen sind nachfolgend in vergleichender Form dargestellt. Leider lagen uns die Antworten von FDP und Freien Wählern nicht rechtzeitig vor Redaktionsschluss vor. Der VLW nimmt keine inhaltliche Bewertung vor, sondern möchte mit dieser Zusammenstellung zur sachlichen Information und Meinungsbildung im Vorfeld der Wahl beitragen.

GEWERKSCHAFTLICHE THEMEN

BEAMTENSTATUS

Der Deutsche Lehrerverband warnt davor, Lehrkräfte künftig nicht mehr zu verbeamten. Die Verbeamtung sichert die Unterrichtsversorgung, da verbeamtete Lehrkräfte kein Streikrecht haben. Außerdem macht sie den Lehrberuf attraktiv, gewährt die Verfassungstreue der unterrichtenden Lehrkräfte und ist nach vorherrschender Meinung auch günstiger als eine Nichtverbeamtung.

Wie ist Ihre Position zur Frage des Beamtenstatus für die Lehrkräfte in Rheinland-Pfalz?

SPD ► Ein starker, handlungsfähiger Staat, der Krisen trotzt, ist wichtiger als je zuvor. Dazu steuern die Beamtinnen und Beamten einen großen Teil bei. Statt die Zahl der Beamtinnen und Beamten grundlegend abzubauen, wollen wir ihnen vielmehr Wertschätzung und Respekt entgegenbringen. Wir sind klar gegen einen flächendeckenden Abbau des Beamtenpersonals, insbesondere Lehrkräfte sollten den Beamtenstatus behalten. Aus unserer Sicht sind selbstbewusste, gut ausgebildete und verfassungstreue Beamtinnen und Beamte wichtig, um den Beeinflussungen von jedweden politisch extremistischen Strömungen standzuhalten, mit denen diese Kräfte gegebenenfalls den Unterricht an Schulen beeinflussen wollen.

CDU ► Die CDU-Landtagsfraktion RLP steht zur Verbeamtung von Lehrkräften in Rheinland-Pfalz. Sie erhöht die Verlässlichkeit, stabilisiert die Unterrichtsversorgung und verhindert Abwanderung in andere Länder. Als Beamte tragen Lehrkräfte eine besondere Verantwortung, da sie ihre Aufgaben unparteiisch, uneigennützig und zu Wohle der Allgemeinheit verrichten.

Im Gegenzug sorgen wir für gute Rahmenbedingungen: Bürokratieabbau, moderne Ausstattung, multiprofessionelle Teams und klare Laufbahnperspektiven. Verbeamtung ist für uns kein Selbstzweck, sondern Teil eines Gesamtpakets aus fairer Besoldung, Entlastung der Schulen und Stärkung der Schulautonomie. Ziel ist eine starke, verlässliche Schule mit motivierten Lehrkräften.

GRÜNE ▶ Auch wir als GRÜNE stehen hinter dem Beamtenstatus für unsere Lehrkräfte. Allerdings wollen auch wir unsere Lehrkräfte gerechter vergüten. Die Arbeitsbelastung variiert auch innerhalb

eines Kollegiums. Klassenleitungen oder auch korrekturintensive Fächer erhöhen die Arbeitsbelastung und sollten sich entsprechend finanziell niederschlagen.

TARIFRUNDE 2025

Die Gewerkschaften streben eine spürbare Erhöhung der Einkommen der Landesbeschäftigten an, um die Lücke zum öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen zu schließen. Des Weiteren fordert der dbb die zeit- und inhaltsgleiche Übernahme des Verhandlungsergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten sowie die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger.

Wie ist Ihre Position zu diesen Forderungen der Gewerkschaftsseite?

SPD ▶ Es ist gute geübte Praxis, dass wir als SPD nicht die Positionen von Tarifparteien bewerten, insbesondere nicht, wenn diese sich in oder vor einer Tarifauseinandersetzung befinden. Nach Abschluss eines Tarifvertrags ist es Aufgabe der Regierungsfraktion zu beraten und zu entscheiden, ob das Tarifiergebnis auf die Beamtinnen und Beamten übertragen wird. Gerne betonen wir an der Stelle: In der Vergangenheit – insbesondere zuzeiten der SPD-geführten Landesregierung – konnten die Tarifiergebnisse in Rheinland-Pfalz glücklicherweise übertragen werden.

CDU ▶ Die CDU-Landtagsfraktion RLP befürwortet eine angemessene und wettbewerbsfähige Bezahlung im Landesdienst. Wir setzen uns dafür ein, dass tarifliche Einkommenssteigerungen grundsätzlich auch auf die Beamtinnen, Beamte und Versorgungsempfänger übertragen werden – unter Berücksichtigung der finanziellen Möglichkeiten des Landes und mit dem Ziel, die Attraktivität des öffentlichen

Dienstes dauerhaft zu gewährleisten. Für uns ist entscheidend, die Einkommensunterschiede zwischen Bund und Kommunen zu reduzieren und die Leistung sowie besondere Verantwortung Landesbeschäftigter explizit anzuerkennen. Zugleich setzen wir auf Entlastung im Alltag durch weniger Bürokratie, multiprofessionelle Unterstützung sowie eine verlässliche digitale Infrastruktur.

GRÜNE ▶ Wir unterstützen die Forderung nach spürbaren Einkommensverbesserungen für Landesbeschäftigte und setzen uns dafür ein, dass Tarifiergebnisse ohne Abstriche zeit- und inhaltsgleich auf Beamtinnen und Versorgungsempfängerinnen übertragen werden. Bereits in der Vergangenheit hat das Land Rheinland-Pfalz die Tarifeinigung für die Angestellten eins zu eins auf Beamtinnen und Beamte übertragen und damit ein Zeichen der Wertschätzung gesetzt. Diesen Kurs wollen wir fortsetzen.

LEHRKRÄFTEBESOLDUNG

In der jüngsten Zeit werden Forderungen laut, für alle Grundschullehrkräfte eine Besoldung in der Stufe A13 einzuführen. Dies würde das Besoldungsgefüge erheblich beeinflussen, denkt man daran, dass Berufsbildner im Regelfall ein Jahr länger studieren und ein Praxisjahr vor Aufnahme ihrer Lehrtätigkeit nachweisen müssen. Aus dieser Zeit resultiert eine finanzielle Einbuße von ca. 150.000 bis 160.000 Euro. Deshalb fordern wir als Eingangsamt für Lehrkräfte im Höheren Dienst die Besoldungsstufe A14.

Wie stehen Sie zu diesen Forderungen?

SPD ▶ Eine angemessene Besoldung ist neben guten Arbeitsbedingungen eine Form der Wertschätzung, die all unsere Lehrkräfte verdienen. Deshalb können wir die Diskussion um die Erhöhung der Besoldungsstufe für Grundschullehrkräfte auch nachvollziehen. In der Diskussion müssen viele weitere Aspekte beachtet werden, etwa das Abstandsgebot, Funktionsstellen, Beförderungsstrukturen aber natürlich auch die finanziellen Möglichkeiten des Landes. Sollte sich der Haushaltsgesetzgeber für eine Anhebung der Besoldungsstufe von Grundschullehrkräften entscheiden, könnte dies auch ein Anlass sein, die Reform der Studiengänge in den Blick zu nehmen. Klar ist für uns zugleich, dass wir keine Schularten gegeneinander ausspielen wollen, denn Lehrkräfte überall im Land leisten hervorragende Arbeit, die gleichermaßen wichtig ist. Und nur gemeinsam können wir unser Schulsystem auch strukturell weiterentwickeln.

CDU ▶ Die CDU-Landtagsfraktion RLP setzt sich für A13 als Eingangsbesoldung der Grundschullehrkräfte ein – schrittweise, verlässlich und finanziell abgesichert. Das stärkt Anerkennung, Wettbewerbsfähigkeit und Nachwuchsgewinnung. Zu-

gleich achten wir auf ein stimmiges Besoldungsgefüge: Besondere Verantwortung, Leitung und Fachlichkeit werden über Funktionsstellen, Erfahrungsstufen und leistungsbezogene Instrumente gezielt bis A14 honoriert.

Für BBS-Lehrkräfte mit besonderen Praxis- und Qualifikationsanforderungen schaffen wir klare Aufstiegs- und Zulagenwege. Unser Ansatz verbindet Gerechtigkeit und Systemlogik: eine starke Basis durch A13, transparente Wege nach oben und verlässliche Perspektiven für alle Lehrämter. So belohnen wir Leistung und halten Schulen handlungsfähig.

GRÜNE ▶ Wir stehen hinter der Forderung nach einem einheitlichen Einstiegsgehalt für alle Lehrämter. Grundschullehrkräfte legen die Grundlage für den weiteren Bildungsverlauf unserer Kinder und sind ebenso wie alle anderen Lehrkräfte enorm gefordert. Dementsprechend ist ein einheitliches Einstiegsgehalt längst überfällig und unterstreicht aus unserer Sicht die Gleichwertigkeit aller Lehrämter. Auch die Lehramtsausbildung wollen wir reformieren und die Studiendauer angleichen.

ARBEITSBEDINGUNGEN

Die Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte sind mitentscheidend für den Entschluss, in den Schuldienst einzutreten. Immer noch sind u. a. zu große Klassen, eine immer heterogenere Schülerschaft und steigender Bürokratieaufwand nicht dazu geeignet, die Lehrkräfte für den pädagogischen Teil ihrer Arbeit zu entlasten und nicht zuletzt mehr Bewerberinnen und Bewerber für die Lehrtätigkeit an den BBS zu finden.

Welche Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Lehrkräfte, insbesondere an den Berufsbildenden Schulen des Landes, planen Sie?

SPD ▶ Um gute Arbeit leisten zu können, brauchen Lehrkräfte auch gute Arbeitsbedingungen. Eine gute personelle Versorgung und eine angemessene Ausstattung sind dafür grundlegend. Deshalb nutzen wir die Möglichkeiten der Digitalisierung und von KI: Das digitale Bücherregal, der Schulchat, die kostenfreie Bereitstellung der KI-Plattform Fobizz, AI4Teachers oder der digitale Lehrkräftearbeitsplatz zeigen, wie modern Lehren und Lernen in Rheinland-Pfalz ist. Mit dem weiteren Ausbau

multiprofessioneller Teams in Schulen und der Möglichkeit zur Beauftragung externer Spezialisten haben wir mit der Weiterentwicklung des EvA-Budgets stellen wir den Lehrkräften wachsende Unterstützernetzwerke zur Seite. Und wir nehmen auch schulorganisatorische und administrative Prozesse in den Blick; ein gutes Beispiel ist die kostenfreie Bereitstellung der Anwendung Klassengeld. Wir prüfen permanent weitere Schritte. Wo möglich schaffen wir also Entlastung und bieten

Schulen und Lehrkräften wirksame Unterstützungsmöglichkeiten. Die bestehenden Angebote wollen wir in der Bekanntheit stärken und gezielt Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten anbieten, damit noch mehr Schulen und Lehrkräfte profitieren können.

CDU ► Die CDU-Landtagsfraktion RLP setzt sich für praxisnahe und moderne BBSn ein. Wir fordern zusätzliche Verwaltungskräfte und multiprofessionelle Teams zur Entlastung der Lehrkräfte sowie eine Unterrichtsversorgung von mindestens 105 Prozent. Im Zentrum steht die Förderung der Schulautonomie: Berufsbildende Schulen sollen größere Entscheidungsspielräume bei Organisation, Personal und Unterrichtsgestaltung erhalten. Dies ermöglicht ihnen, flexibel auf technologische und wirtschaftliche Entwicklungen zu reagieren, sowohl den Lehrkräfteeinsatz als auch die Curricula gezielt anzupassen und Kooperationen mit Betrieben vor Ort zu stärken, um die Ausbildungsqualität zu steigern.

Die technische Ausstattung der BBSn muss kontinuierlich an die aktuellen Standards und Entwicklungen der Wirtschaft

angepasst werden und Lehrkräfte entsprechend kontinuierlich weitergebildet werden, damit praxisnahe und zukunftsfähige Ausbildung gesichert bleibt.

GRÜNE ► Zunächst einmal wollen die Lehrkräfteausbildung reformieren und auf diese Weise angehende Lehrkräfte sehr viel besser auf die aktuellen Herausforderungen vorbereiten. Vor diesem Hintergrund streben wir einen Stufenlehramt an sowie die deutlich engere Verzahnung zwischen Studium und Praxis. Aus unserer Sicht müssen Lehramtsanwärter:innen schon sehr viel früher und sehr viel mehr Praxiserfahrungen an Schulen sammeln. Davon profitieren auch die Schulen und Kollegien.

Des Weiteren werden wir die Lehrpläne kräftig entschlacken und auf diese Weise den Lehrkräften deutlich mehr Zeit verschaffen, um sich tatsächlich den individuellen Bedürfnissen ihrer Schüler widmen zu können. Auch sollten sich Lehrkräfte wieder auf ihre Kernaufgabe konzentrieren können, dementsprechend werden wir sie von Verwaltungsaufgaben und Bürokratie entlasten.

BILDUNGSPOLITISCHE THEMEN

LEISTUNGSKULTUR

In der jüngsten Vergangenheit geraten Fragen der Benotung von schülerischen Leistungen und deren Überprüfung wieder mehr in den Vordergrund der pädagogischen Diskussion. Unsere Schülerinnen und Schüler an der Berufsschule müssen sich bundeseinheitlichen Prüfungen unterziehen, an deren Abschluss eine Note festgestellt wird. Diese Note stellt für die Betriebe ein wesentliches Einstellungskriterium dar.

Wie stehen Sie in diesem Zusammenhang zu Fragen der Benotung und der Leistungsüberprüfung an den BBSn?

SPD ► Leistungsbewertung ist eine wichtige und zentrale Aufgabe von Schule, die insbesondere eine Vergleichbarkeit schafft. Über allem steht jedoch die Frage, wie der Fachkräftebedarf der Zukunft gedeckt werden kann. Noten allein sind daher nicht ausreichend, vielmehr müssen

wir uns auf die Leistungs- und Kompetenzentwicklung der Jugendlichen fokussieren. Deshalb brauchen wir eine neue Lern- und Prüfungskultur, die sich der veränderten Lebensrealität anpasst. Gerade im berufsbildenden Bereich und der sich wandelnden Arbeitswelt ist das selbstständige,

kreative und eigenverantwortliche Lernen und Handeln von jungen Menschen eine Kernkompetenz, die wir fördern müssen.

CDU ► Die Benotung und Leistungsüberprüfung an berufsbildenden Schulen ist ein zentrales Element zur Sicherstellung von Ausbildungsqualität und Vergleichbarkeit. Die bundesweit einheitlichen Prüfungen haben eine entscheidende Bedeutung für die Berufsperspektiven unserer Schülerinnen und Schüler. Sie schaffen Transparenz und sind objektives Auswahlkriterium im Bewerbungsprozess.

Als CDU-Landtagsfraktion RLP stehen wir für eine klare Leistungskultur basierend auf dem Prinzip von Fördern und Fordern. Transparente Notengebung, einheitliche Prüfungen, regelmäßige Lernstandserhebungen und verbindliche Bildungsstandards sichern Vergleichbarkeit und Bildungsstandards – von Anfang an.

Gleichzeitig lassen wir pädagogische Spielräume: moderne Unterrichtsformen, Praxisnähe und individuelle Förderung. Neue Prüfungsformate müssen gemeinsam entwickelt werden und die Autonomie über das Format liegt bei den Lehr-

kräften. Wir stärken Basiskompetenzen als Grundlage für Zukunftskompetenzen und unterstützen Lehrkräfte durch Entlastung und Fortbildung.

GRÜNE ► Unabhängig von den bundeseinheitlichen Abschluss- und Zwischenprüfungen gibt es im Rahmen der sonstigen Leistungsnachweise noch viel Optimierungsbedarf. Aus unserer Sicht ist den Berufsschülern mehr damit gedient, wenn aus ihren aktuellen Wissensständen auch konkrete Konsequenzen für den weiteren Unterricht folgen. Stattdessen machen wir uns für datengestütztes Lehren und Lernen stark sowie kreative und schüler-spezifische Prüfungsformate, die dabei helfen, dass die Schüler tatsächlich zeigen, was sie können. Statt einfacher Noten brauchen wir eine konstruktive Feedbackkultur, die den Schülern aufzeigt, wo sie Fortschritte gemacht haben, aber auch an welchen Stellen noch gemeinsam gearbeitet werden muss. Eine solche Prüfungskultur steigert die Motivation und begleitet die Schüler engmaschiger und effizienter bis zum erfolgreichen Abschluss der bundeseinheitlichen Prüfungen.

ERHALT VON BBSN UND KLEINEREN FACHKLASSEN

Das Vorhalten von Bildungsangeboten an den Berufsschulen steht in einem engen Zusammenhang mit dem Angebot an Ausbildungsplätzen. In einem Flächenland wie Rheinland-Pfalz führte das in der Vergangenheit dazu, dass – bei insgesamt nachlassenden Schülerzahlen – ganze Ausbildungsangebote in der Fläche verschwanden.

Wie wollen Sie sicherstellen, dass ein vielfältiges Angebot an Fachklassen, insbesondere in den Fachschulen und Berufsoberschulen, in der Fläche erhalten werden kann?

SPD ► Die Arbeits- und Berufswelt steht vor großen Herausforderungen, die sich auch in beruflichen Anforderungen und neuen Berufsfeldern widerspiegeln. Gemeinsam mit den Berufsschulen gestalten wir den Wandel aktiv. Dabei wissen die Schulen am besten, was sie vor Ort benötigen, um attraktiv zu sein. Das Projekt Eigenverantwortliches Arbeiten an berufsbildenden Schulen geht hier den richtigen Weg und gibt ihnen mehr pädagogische, organisatorische, finanzielle und personelle Verantwortung. Gleichzeitig nutzen wir die Chancen der Digitalisierung, etwa durch Blended-Learning-Angebote, die eine sinnvolle Ergänzung zum Angebot vor Ort sein können. Denn ein Angebot in der Fläche ist letztlich auch eine Frage der

Bildungsgerechtigkeit und gleichwertiger Lebensverhältnisse.

CDU ► Ein breitgefächertes Fachklassenangebot ist entscheidend für die Chancengleichheit und die regionale Attraktivität der beruflichen Bildung – insbesondere im ländlichen Raum. Um die Vielfalt zu sichern, möchten wir als CDU-Landtagsfraktion RLP flexible regionale Planungen, Kooperationen und digitale Angebote verbinden. Durch Bildungsverbünde und hybride Lernformen können auch kleine und spezialisierte Fachrichtungen wohnortnah verfügbar gemacht werden. Eine zeitgemäße Ausstattung, qualifizierte Lehrkräfte und starke Praxispartnerschaften steigern die Attraktivität und Qualität – so wird

wohnnaher berufliche Vielfalt langfristig gesichert.

GRÜNE ▶ Auch uns liegt der Fachklassenerhalt am Herzen. Dementsprechend ist für uns ein möglichst wohnortnahes Angebot von hoher Priorität. Wir GRÜNEN setzen uns ausdrücklich für ein vielfältiges Angebot an Fachklassen in der Fläche ein. Das Ziel ist, auch bei sinkenden Schülerzahlen Berufe wohnortnah zu erhalten. Dafür stärken wir die Kooperationen zwi-

schen Berufsschulen, setzen digitale Lösungen zur Verbindung kleiner Klassen ein und fördern Modellprojekte, die innovative Angebote (z. B. duale Oberstufe) ermöglichen. Ausbildende Betriebe werden wir weiter gezielt unterstützen, um eine breit gefächerte Ausbildung sicherzustellen. Zudem treiben wir die Mobilitätswege weiter voran, um die bestehenden Angebote für alle erreichbar zu machen.

ABSENTISMUS

Der Absentismus von schulpflichtigen Schülerinnen und Schülern hat – beginnend in der Sekundarstufe I – in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Dieser Prozess setzt sich an unseren Schulen – insbesondere den Vollzeitschulformen – verstärkt fort. Nicht zuletzt führt dies dazu, dass etwa sechs Prozent der Jugendlichen die Schule ohne Abschluss verlassen. Auf der anderen Seite beklagt der Staat immer höhere Kosten im Sozialhaushalt, und die Wirtschaft klagt über einen nach wie vor hohen Fachkräftemangel.

Mit welche Maßnahmen wollen Sie dem Problem des Absentismus an unseren Schulen begegnen?

SPD ▶ Schulabsentismus verringert kurz- und langfristig die Bildungs- und Entfaltungsmöglichkeiten von Jugendlichen und hat auch (gesamt-)gesellschaftliche Auswirkungen. Deshalb müssen wir unsere Jugendlichen und Schulgemeinschaften stärken und unterstützen. Wir wollen das schulpsychologische Beratungszentrum stärken und nachfrageorientiert Fort- und Weiterbildungen anbieten. Bereits präventiv wichtig ist eine aktive Elternarbeit, denn sind sie involviert und erkennen den Wert von und die Unterstützung durch Schule, sind auch die Kinder stärker involviert. Weiterhin brauchen wir ein starkes Netz und eine gute Zusammenarbeit zwischen den Jugendämtern und der Schulaufsicht. Schlussendlich spielt auch hier eine veränderte Lern- und Prüfungskultur mit herein: Wir brauchen ein Lernklima, dass die Kinder und Jugendlichen motiviert, eigenständig Leistung zeigen zu wollen und ihnen Freude am Lernen bringt. Nur dann werden sie auch gerne zur Schule kommen.

CDU ▶ Aus Sicht der CDU-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz braucht es ein Zusammen-

spiel aus früher Prävention, konsequenter Erfassung und gezielten Interventionen, um Schulabsentismus wirksam zu begegnen. Fehlzeiten müssen systematisch dokumentiert und ausgewertet werden, um Warnsignale früh zu erkennen. Nur durch ein strukturiertes Fehlzeitenmanagement kann schnell gehandelt und der Kontakt zu betroffenen Schülerinnen und Schülern gehalten werden. Multiprofessionelle Teams unterstützen Schulen bei Prävention, Beziehungsarbeit und Gewalt- oder Angstprävention und stärken so die Bindung an die Schule. Beim Auftreten von Schulabstinz müssen klare Handlungsketten greifen. Wo Unterstützung nicht ausreicht, sind verbindliche, pädagogisch begründete Konsequenzen nötig. Die CDU-Landtagsfraktion steht für eine Haltung, die Prävention stärkt und Verantwortung von Schule, Eltern und sozialen Diensten gemeinsam trägt.

GRÜNE ▶ Wir GRÜNEN verfolgen einen umfassenden Ansatz zur Prävention und Bekämpfung von Absentismus. Dazu zählen der Ausbau von Schulsozialarbeit, gezielte Förderung im Ganztag, das Anspre-

chen von Problemlagen bereits bei ersten Anzeichen und die enge Vernetzung mit Jugendhilfe und außerschulischen Partnern. Wir stärken Beratung und individuelle Unterstützung, damit Jugendliche im Bildungssystem gehalten werden. Das Ziel ist, keinen jungen Menschen ohne Abschluss zurückzulassen. Schulabsentismus verdeutlicht für uns allerdings auch ein tiefergehendes Problem. Aus unserer Sicht ist der Schulabsentismus ein Symptom unserer krisengebeutelten Jugend. Daraus

spricht aus unserer Sicht ein Mangel an Zuversicht, dass sich Lernen und dranbleiben auch für sie lohnt. Wir müssen also alle gemeinsam das Aufstiegsversprechen erneuern. Dementsprechend stehen wir GRÜNE für faire Löhne, gutes und günstiges Wohnen sowie eine gute Gesundheitsversorgung, damit junge Menschen wieder zuversichtlich in die Zukunft blicken und dementsprechend den Wert einer guten Berufsausbildung kennen.

LEHRKRÄFTEMANGEL

Laut der statistischen Veröffentlichung der Bildungsministerkonferenz vom Februar 2025 wird sich der Lehrkräftemangel an berufsbildenden Schulen weiter verschärfen. Einem Einstellungsbedarf von ca. 53.400 Lehrkräften wird lediglich ein Angebot von 32.000 Absolventinnen und Absolventen des Vorbereitungsdienstes gegenüberstehen. Für den gesamten Prognosezeitraum bis 2035 werden zu wenige Lehrkräfte zur Verfügung stehen.

Welche Vorschläge haben Sie, um diesem Lehrkräftemangel in den nächsten zehn Jahren abzuhelpen?

SPD ► In Rheinland-Pfalz gelingt es nach wie vor, trotz des bundesweiten Lehrkräftemangels alle Planstellen mit grundständig ausgebildeten Lehrkräften zu besetzen. Das ist ein riesen Erfolg, den wir fortsetzen möchten. Attraktive Arbeitsbedingungen wie die Verbeamtung als Regelfall und eine gute Besoldung, ausreichend Ausbildungskapazitäten und die gezielte Öffnung für den Quer- und Seiteneinstieg sind Bausteine, die wirken: So sehen wir etwa mehr Nachwuchs in unseren Studienseminaren, auch für die BBSen. Auch zukünftig wollen wir aktiv für den Beruf und das Berufsfeld werben und dabei gemeinsam mit der betrieblichen Praxis und den Kammern weiterentwickeln.

CDU ► Um den Lehrkräftemangel abzufedern, greifen aus Sicht der CDU-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz verschiedene Maßnahmen: Besonders im berufsbildenden Bereich ist der Einsatz von Quer- und Seiteneinsteigern ein sinnvolles Instrument, um kurzfristig Personallücken zu schließen. Direkteinsteiger aus der Wirtschaft mit einschlägiger Berufserfahrung bringen gerade in technischen und naturwissenschaftlichen Mangelfächern wertvolle Praxiserfahrung für die Lernenden ein. Sie werden über spezielle Programme berufsbegleitend qualifiziert und schrittweise in den Unterricht integriert.

Als CDU-Landtagsfraktion setzen wir uns dafür ein, dass Lehrkräfte wieder das tun können, wofür sie ausgebildet wurden: unterrichten. Durch zusätzliche Verwaltungskräfte und multiprofessionelle Teams wollen wir sie entlasten, Freiräume schaffen und die Motivation im Schuldienst stärken.

GRÜNE ► Zur Bekämpfung des Lehrkräftemangels wollen wir die Ausbildungskapazitäten ausweiten, das Quereinstiegs- und Seiteneinsteigermodell ausbauen, attraktive Arbeitsbedingungen bieten sowie gezielte Anreize für schwer zu besetzende Regionen und Fächer schaffen. Wir setzen uns für die Modernisierung der Ausbildung und die Anerkennung ausländischer Abschlüsse ein. Der Ausbau von multiprofessionellen Teams soll zusätzliche Entlastungen bringen. Neben klassischen Maßnahmen prüfen wir innovative Ansätze wie Kooperationen mit Hochschulen, flexiblere Studienmodelle oder Anreize für Rückkehrer*innen in den Schuldienst. Auch die oben genannten Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen, sind wichtige Maßnahmen, um dem Lehrkräftemangel zu begegnen.

DER VLW IM GESPRÄCH MIT DEM BILDUNGSPOLITISCHEN SPRECHER DER FDP-LAND- TAGSFRAKTION STEFAN THOMA



Im Rahmen einer Videokonferenz tauschten sich Mitglieder des VLW-Landesvorstandes mit dem FDP-Bildungspolitiker Stefan Thoma, selbst Lehrer, über aktuelle Herausforderungen im Bildungsbereich aus. Ein zentrales Thema war die Digitalisierung. Alle Beteiligten betonten, dass Schulen nicht nur eine bessere technische Ausstattung, sondern vor allem einen schnellen und verlässlichen Support vor Ort benötigen. Ebenso bestand Einigkeit darin, dass der Beamtenstatus unverzichtbar ist, um den Lehrerberuf attraktiv zu halten und Nachwuchs zu sichern.

Großen Raum nahm auch die Frage der Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung ein. Thoma erläuterte, dass die FDP diese Gleichwertigkeit weiter stärken wolle – unter anderem durch verpflichtende Praktika, eine frühzeitige Berufsorientierung sowie finanzielle Anreize für lebenslanges Lernen. Studienabbrüche sollten besser aufgefangen und alternative Bildungswege eröffnet werden. Das dreigliedrige Schulsystem und die bestehende Schulvielfalt sollen nach Ansicht der FDP erhalten bleiben.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Lehrkräfteversorgung. Doppelaufsichten oder Betreuungslösungen dürften nicht länger als Unterrichtsversorgung gezählt werden, um die Statistik zu schönen. Ziel müsse eine echte Vollversorgung mit Lehrkräften deutlich über 100 Prozent sein. Auch bei der Besoldung forderte die FDP Veränderungen: A13 für alle Lehrkräfte sowie eine stärkere Orientierung an Leistung statt an Studiendauer. Der VLW widersprach hier und betonte, dass die in der Regel längere Studien- und Ausbildungsdauer von BBS-Lehrkräften ebenfalls berücksichtigt werden müsse.

Darüber hinaus stand die Ausbildung künftiger Lehrkräfte im Fokus. Im Referendariat sollen nach den Vorstellungen der FDP Inhalte zu IT und Schulrecht verbindlich und intensiver vermittelt werden. Zudem müsse die Notengebung transparenter

gestaltet und der Einfluss von Schulen und Mentoren gestärkt werden. Auch bei der Anerkennung ausländischer Abschlüsse und bei der Besetzung von Funktionsstellen sieht die FDP Handlungsbedarf. Beide Verfahren sollten beschleunigt und transparenter gestaltet werden. Beförderungen müssten auf klaren Kriterien beruhen, die allen Laufbahnen offenstehen, und nachvollziehbar begründet werden.

Auch die Leistungsbewertung von Schülerinnen und Schülern war Thema. Künftig sollen fachliche Leistungen und Grundkompetenzen stärker getrennt betrachtet werden. Kopfnoten sollen detaillierter auf Kompetenzen wie Pünktlichkeit, Teamfähigkeit oder Kreativität eingehen, Fehlzeiten verbindlich ausgewiesen werden. Um dem Absentismus-Problem entgegenzuwirken spricht sich die FDP für eine Toleranzgrenze bei Fehlzeiten aus, bei deren Überschreitung ein Bestehen bzw. eine Versetzung nur mit einem pädagogisch begründeten Konferenzbeschluss möglich ist. Ergänzend schlug die FDP ein erweitertes 15-Punkte-System oder differenzierte Noten mit Plus- und Minuszeichen vor, um die Aussagekraft von Zeugnissen zu erhöhen.

Der VLW dankte Stefan Thoma für den offenen Austausch und die zahlreichen Impulse, von denen viele als zukunftsweisend eingeschätzt wurden.



Im Gespräch über faire Bezahlung und starke Schulen: Jenny Groß (CDU) mit Michael Schmidt (links) und Dirk Mettler (rechts)

CDU-FRAKTION SPRICHT SICH FÜR A13 FÜR DAS GRUNDSCHULLEHRAMT AUS

Unlängst fand ein reger Austausch mit Jenny Groß und Matthias Reuber von der CDU-Fraktion des Landtages Rheinland-Pfalz mit Michael Schmidt und Dirk Mettler statt.

Im Hinblick auf die Attraktivität des Lehrerberufs teilte Jenny Groß mit, dass die CDU Rheinland-Pfalz die Verbeamtung für Lehrkräfte beibehalten und in einem ersten Schritt A13 als Einstiegsgehalt für das Grundschullehramt einführen möchte. Der umfangreicheren Ausbildung mit Praxisanteilen von BBS-Lehrkräften soll beim Gehalt Rechnung getragen werden. Eine Regelbeförderung nach A14 wurde dabei ins Spiel gebracht. Der VLW fordert in diesem Zusammenhang, dass sich die längere Ausbildungszeit auch in der Besoldung niederschlagen sollte.

Veraltete Lehrpläne wurden von Matthias Reuber als Handlungsfeld angeführt, da sie zum Teil seit 1998 nicht mehr aktualisiert worden seien und damit nicht mehr zeitgemäß sind.

Auf das Leistungsniveau der Schülerinnen und Schüler und mögliche Maßnahmen angesprochen, regte Dirk Mettler einheitliche, landesweite Abschlussprüfungen für die zehnte Klasse an, um eine Vergleichbarkeit von Leistungen zu erreichen. Dies stieß bei Jenny Groß auf Zustimmung.

Zur Bekämpfung des Absentismus regte ein Mitglied des Teams von Jenny Groß an, den Ausweis der Fehlzeiten auf den Bewerbungs- und Abschlusszeugnissen wieder einzuführen, damit die Einsatzfähigkeit und die Einsatzbereitschaft der zukünftigen Auszubildenden für Betriebe besser eingeschätzt werden könnten. Eine Anwesenheitsquote von 75 Prozent wurde als wünschenswert erachtet – ein schon seit langer Zeit bestehender Wunsch unserer Kolleginnen und Kollegen.

Wert legten Jenny Groß und Dirk Mettler ebenfalls auf eine sinnvolle Gruppeneinteilung von Schülerinnen und Schülern im BVJ Sprache mittels eines Eingangstests, um die Heterogenität der Lerngruppen zu reduzieren und jeden einzelnen auf seinem Niveau besser fördern zu können.

Beide Seiten vereinbarten, den guten Kontakt weiter zu pflegen. Der VLW wird den Wahlkampf um die Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz aufmerksam verfolgen (siehe unsere „Wahlprüfsteine“).

ENGAGEMENT:



DAS BESTE MITTEL GEGEN BLUTKREBS:

WIE BERUFSBILDENDE SCHULEN ZU LEBENSRETTERN WERDEN

Engagement für Menschen mit Leukämie: Die Stefan-Morsch-Stiftung, Deutschlands erste Stammzellspenderdatei, zeichnet Schulen aus, die sich aktiv im Kampf gegen Leukämie einsetzen. Die BBS Kirn, die BBS Bernkastel-Kues und die BBS Idar-Oberstein zeigen, wie einfach und wirkungsvoll dieses Engagement sein kann – und warum sich auch andere Schulen auf den Weg zur Lebensretter-Schule machen sollten.

Die BBS Bernkastel-Kues hat bereits zweimal zur Typisierung aufgerufen. 123 Schulangehörige ließen sich registrieren, um potenziell Leben zu retten. Zusätzlich sammelte die Schule 1.000 Euro für die Stiftung – ein starkes Zeichen für Solidarität und Mitmenschlichkeit. Auch die BBS Idar-Oberstein lebt das Motto ‚Schule rettet Leben‘. Über 300 Schülerinnen und Schüler haben sich dort bereits typisieren lassen. Mit Pfandflaschenaktionen und Spenden zeigt die Schulgemeinschaft, wie

einfach soziales Engagement im Schulalltag verankert werden kann.

Zwar darf man erst ab 18 Jahren Stammzellen spenden, aber mit Einverständnis der Sorgeberechtigten können sich junge Menschen bereits mit 16 Jahren registrieren. Neben den Typisierungsaktionen an den Schulen bietet die Stiftung zusätzlich auch die Gestaltung von Unterrichtseinheiten zum Thema Leukämie und Stammzelltransplantation durch ihre Mitarbeitenden an. Auch ein Besuch des stiftungseigenen HLA-Labors ist möglich.

Die Stefan-Morsch-Stiftung, Deutschlands erste Stammzellspenderdatei, macht es sich seit fast vierzig Jahren zur Aufgabe, für möglichst alle Betroffenen den passenden genetischen Zwilling zu finden und bei finanziellen Problemen aufgrund der Erkrankung zu helfen. Fabian Korb von der Stefan-Morsch-Stiftung erklärt: „Junge Menschen können besonders viel bewirken, denn sie

INFO

LEBENSRETTEN-SCHULE WERDEN – SO EINFACH GEHT’S:

GERINGER AUFWAND Die Stiftung übernimmt Organisation, Materialien und Durchführung der Typisierungsaktion.

FLEXIBLE PLANUNG Die Aktionen lassen sich in den Schulalltag integrieren oder bei Projekttagen/Festen durchführen.

PRAXISBEZUG FÜR DEN UNTERRICHT Wenn gewünscht, übernehmen die Stiftungsmitarbeitenden Unterrichtseinheiten rund um das Thema Blutkrebs. Zusätzlich werden Moleku-

largenetik- und Biologie-Workshops im HLA-Labor der Stiftung in Birkenfeld angeboten.

SOZIALES LERNEN Schülerinnen und Schüler übernehmen Verantwortung und erfahren, wie ihr Einsatz Leben retten kann.

LANGFRISTIGE WIRKUNG Bis zum 61. Lebensjahr bleiben die potenziellen Lebensretter und Lebensretterinnen in der Datei. Danach müssen ihre Daten nach den gesetzlichen Vorgaben gelöscht werden.

werden aus medizinischen Gründen häufiger ausgewählt, um Stammzellen zu spenden. Ihre Zellen teilen sich aktiver, sie haben weniger Antikörper und verbleiben lange in der Datei – bis zu ihrem 61. Lebensjahr.“ Aus diesem Grund sind Schulen wichtige Kooperationspartner für die gemeinnützige Organisation.

Nicht immer helfen Chemotherapien und Bestrahlung, um Leukämie und andere Erkrankungen des blutbildenden Systems zu heilen. Häufig ist dann eine Stammzelltransplantation die einzige Chance für Betroffene zu überleben. Das funktioniert aber nur, wenn ein Spender oder eine Spenderin mit den gleichen genetischen Gewebemerkmale gefunden wird. Diese kommen jedoch in unzähligen Varianten vor. Auch heute noch wird für

etwa jede zehnte betroffene Person keine passende Spenderin oder Spender gefunden.

KONTAKT

Jetzt mitmachen und Lebensretter-Schule werden!

typisierung@stefan-morsch-stiftung.de

Fon: 06782 993398

www.stefan-morsch-stiftung.de

ÖFFENTLICHER DIENST DER LÄNDER: **NEUE TARIFRUNDE**

Die Tarifrunde 2026 für den Öffentlichen Dienst der Länder und Kommunen nähert sich der heißen Phase: Am 17. November hat der dbb die Tarifforderungen präzisiert und festgelegt.

Die Kolleginnen und Kollegen sehen bei der Bezahlung deutlichen Handlungsbedarf. Hier müssen die Länder wieder konkurrenzfähiger werden. Gleichzeitig hat sich ein Handlungsstau bei vielen Einzelthemen aufgebaut. Entlastung und Arbeitszeitsouveränität sind große Themen. In der Einkommensrunde 2025 mit Bund und Kommunen ist der dbb hier Schritte in die richtige Richtung gegangen. Die Beschäftigten haben die Erwartung, dass die Länder mehr tun und sich als moderne Arbeitgeber präsentieren.

In der Regionalkonferenz am 3. September in Mainz wurde u.a. auch über die Einkommenssituation diskutiert. Neben der Forderung nach einer Einkommenssteigerung sprachen sich die Delegierten aufgrund der Personalsituation für flexible Arbeitszeitmodelle aus, um der Überbelastung entgegenzutreten. Andreas Hemsing, dbb Fachvorstand Tarifpolitik, erklärte: „Klar ist,

dass zur Steigerung der Attraktivität und zum Ausgleich der Preissteigerungen unsere Kernforderung die lineare Entgelterhöhung sein muss. Darüber hinaus müssen sich die Arbeitgeber in puncto Arbeitsentlastung deutlich bewegen. Ziel muss sein, die Arbeit für den öffentlichen Dienst der Länder attraktiv zu machen, um junge Menschen für diese Tätigkeiten zu gewinnen.“

Im Januar oder Februar werden wir für unsere Forderungen auf die Straße gehen. Schon jetzt fordern wir unsere Mitglieder, ausdrücklich auch die Pensionärinnen und Pensionäre, zur Teilnahme auf, über die wir natürlich noch gesondert informieren werden.

Der Landesvorstand



Der VLW geht für seine Forderungen auf die Straße

VLW-PERSONALRÄTEFORTBILDUNGEN IN ALZEY UND WELLING



Interessierte Zuhörerinnen und Zuhörer

Im Mittelpunkt der diesjährigen Schulungen für neu gewählte Personalratsmitglieder standen die zentralen Bestimmungen des Landespersonalvertretungsgesetzes, insbesondere zur Zusammenarbeit mit der Schulleitung, den Aufgaben der örtlichen Personalvertretungen und dem Ablauf der ÖPR-Sitzungen.

Ein großes Interesse bestand an der Frage der Freistellungen. Hierbei wurde auf die seit 1993 gültige „Einigungsformel“ verwiesen, nach der zur Grundfreistellung weitere Stunden für Sitzungen außerhalb der Unterrichtszeit oder bei besonderen örtlichen Erschwernissen vereinbart werden können.

Am Nachmittag nutzten die Teilnehmenden die Gelegenheit, schulbezogene Fragen zu diskutieren. Weitere digitale Schulungen in Kooperation mit dem vlbs zu Themen wie 3/6-Pauschale, Personalversammlungen, Mehrarbeit und BEM sind für Ende dieses und Anfang nächsten Jahres geplant.

Die Veranstaltungen wurden von den HPR-Vertretern Dirk Mettler und Christian Flory sowie den BPR-Vertretern Stefanie Tischer und Andreas Seehaus geleitet. Dank der guten Organisation durch Stefanie Tischer sowie der angenehmen Atmosphäre in den Tagungshotels verliefen beide Fortbildungen sehr erfolgreich.

Andreas Seehaus

IMPRESSUM

Herausgeber

Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen, Landesverband Rheinland-Pfalz e. V. (VLW), Mitgliedsverband im dbb und im BvLB

Stv. Vorsitzende

Stefanie Tischer, Andreas Seehaus

Geschäftsstelle

Holzhauser Straße 27 • 55411 Bingen
www.vlw-rlp.de

Redaktion

Mario Passannante • redaktion@vlw-rlp.de

Layout

Daniela Boudgoust • www.gestaltungsfreun.de

Karikatur auf der Titelseite

Uwe Herrmann • www.karikaturist.de

Auflage

1.500 Stück

Druck

SAXOPRINT GmbH
Enderstr. 92 c
01277 Dresden



Früh vernetzt: Der VLW stellt sich an der Uni Mainz als starke Stimme für angehende Lehrkräfte vor



INFORMATION DES LEHRKRÄFTE-NACHWUCHSES: DER VLW AN DER UNI MAINZ

Zu Beginn der Sommerferien besuchten Miriam Schmidle, Referentin für die jungen Wirtschaftspädagogen/-innen und Stefanie Tischer, stellvertretende Landesvorsitzende, Studierende der Johannes Gutenberg-Universität Mainz im Masterstudiengang Wirtschaftspädagogik. Dieser Besuch fand im Rahmen des Seminars „Digitalisierung und kaufmännische Berufsbildung“ von Dr. Christiane Kuhn statt. Nach einer kurzen Vorstellung der Verbandsarbeit des VLW präsentierte Miriam Schmidle verschiedene KI-Tools zur Unterrichtsvorbereitung und gab wertvolle Informationen u.a. zu deren datenschutzkonformer Nutzung. Die Studierenden hatten einen Gastzugang bei fobizz erhalten und sollten im Rahmen des Seminars mithilfe von KI-Tools ein Handlungsprodukt zu einem fiktiven

Unterrichtseinsatz erstellen. Daher erhielten sie außerdem Einblicke in die Angebote an Fortbildungen und Tools von fobizz und zahlreiche Tipps zur Nutzung der Plattform. Anschließend präsentierten Miriam Schmidle und Stefanie Tischer je ein Unterrichtsbeispiel, das sie mit fobizz erstellt und in ihrem eigenen Unterricht eingesetzt hatten. In der anschließenden Arbeitsphase konnten sich die Studierenden mit ihren Fragen an die beiden Mitglieder des Landesvorstandes wenden. Ein Ziel des VLW ist die Sicherung und Förderung einer hohen Qualität der Lehrkräfte-Ausbildung in Rheinland-Pfalz, weshalb unser Verband schon viele Jahre mit der JGU Mainz zusammenarbeitet. Der VLW bedankt sich daher recht herzlich bei Dr. Christiane Kuhn für die erneute Kooperation.



ZUR PERSON

Dr. Christiane Kuhn ist Akademische Direktorin am Lehrstuhl für Wirtschaftspädagogik an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. In dieser Funktion koordiniert und verantwortet sie Aufgaben in der Forschung und Lehre. Sie leitet drittmittelgeförderte Forschungsprojekte, wobei ein besonderer Fokus auf der Qualitätssicherung der Lehrerbildung liegt. Für einen Transfer der wissenschaftlichen Erkenntnisse in die Praxis sowie ein praxisorientiertes Lehrangebot für die Studierenden im Bachelor- und Masterstudium arbeitet sie eng mit Vertreterinnen und Vertretern des VLW, der berufsbildenden Studienseminare und Schulen sowie der Kammern zusammen.

INFO

Im M. Ed. Seminar „Digitalisierung und kaufmännische Berufsbildung“ analysieren und reflektieren die Studierenden u.a. aktuelle Entwicklungen der digitalen Transformation und deren Bedeutung für kaufmännische Lehr-Lernprozesse – etwa die Förderung einer kritischen Urteilsfähigkeit im Umgang mit Falschinformationen sowie beim Einsatz von KI-Tools – unter Einbezug der Perspektive aus der Praxis.

DER VLW FORDERT:

- **ZENTRALE ABSCHLUSSPRÜFUNG UND MINDESTSTANDARDS ZUR SICHERUNG VON GRUNDKOMPETENZEN Z.B. DURCH EINFÜHRUNG EINER LANDESWEIT ZENTRALEN ABSCHLUSSPRÜFUNG FÜR DIE MITTLERE REIFE, DIE DEN ERWERB VERBINDLICHER GRUNDKOMPETENZEN IN DEN KERNFÄCHERN DEUTSCH, MATHEMATIK UND ENGLISCH ÜBERPRÜFT.**
- **STÄRKUNG DER PÄDAGOGISCHEN FREIHEIT: LEHRKRÄFTE MÜSSEN IHRE SCHÜLERINNEN UND SCHÜLER REALISTISCH EINSCHÄTZEN UND ANGEMESSEN BEWERTEN KÖNNEN. PÄDAGOGISCHE FREIHEIT IST DIE GRUNDLAGE EINER GERECHTEN LEISTUNGSBEWERTUNG.**
- **FORTBILDUNGEN ZUR LEISTUNGSBEWERTUNG IM ZEITALTER VON KI: LEHRKRÄFTE BENÖTIGEN GEZIELTE UND QUALIFIZIERTE FORTBILDUNGEN, UM AUTHENTISCHE SCHÜLERLEISTUNGEN SICHER VON KI-GENERIERTEN PRODUKTEN UNTERSCHIEDEN ZU KÖNNEN.**
- **SENKUNG DER KLASSENMESSZAHLEN UND ENTLASTUNG FÜR INDIVIDUELLE RÜCKMELDUNGEN. LEHRKRÄFTE BRAUCHEN MEHR ZEIT UND GERINGERE BELASTUNG, UM AUSSAGEKRÄFTIGE, FORMATIVE RÜCKMELDUNGEN ZU GEBEN – STATT BLOSSER ZIFFERNNOTEN.**
- **SCHUTZ DER LEHRKRÄFTE VOR DRUCK DURCH ELTERN UND SCHÜLERINNEN UND SCHÜLER. KLARE RICHTLINIEN UND RÜCKENDECKUNG DURCH DIE ADD UND DAS BILDUNGSMINISTERIUM SIND NOTWENDIG, DAMIT LEHRKRÄFTE BEI KONFLIKTEN ÜBER NOTEN UND PÄDAGOGISCHE MASSNAHMEN GESCHÜTZT WERDEN.**